

Politik in den Reben

Gemeinderat als Winzer

Bad.Zeit.
29. 4. 05

VON UNSEREM MITARBEITER
MARIO SCHÖNEBERG

GOTTENHEIM. Wieder einmal sorgte eine unkonventionelle Idee von Bürgermeister Volker Kieber für Diskussionen im Gottenheimer Gemeinderat – und rief auch wieder Bedenkenträger auf den Plan. Dennoch gab es nur zwei Gegenstimmen zum Projekt „Politischer Weinberg“.

Die Idee sei ihm gekommen, als eine Freiburger Stadträtin ganz überrascht war, dass es in Gottenheim auch Wein gäbe, berichtete Kieber. Die Gemeinde habe ein Angebot bekommen, ein knapp neun Ar großes mit blauem Spätburgunder bepflanztes Rebstück für 130 Euro im Jahr anzupachten.

Seine Idee sei es nun, diese Reben durch Gemeinderat und Verwaltung gemeinsam pflegen zu lassen und den Wein später separat als Gemeinderatswein auszubauen und bei offiziellen Anlässen anzubieten. Rund 700 Liter Wein von gehobener Qualität sollen so jährlich erzeugt werden. Zudem werde die Gemeinde so Mitglied in der Winzergenossenschaft.

Gemeinsam etwas anpacken

Bei der Arbeit in den Reben soll in unkomplizierter Weise ein Gedankenaustausch möglich sein, seine Idee sei es zudem, ab und an politische Entscheidungsträger aus dem Umland zum Mitarbeiten einzuladen. Die Idee sei, dabei

Zusammenhalt für Gottenheim zu zeigen, etwas gemeinsam anzupacken. Und als Weinbaugemeinde ein Zeichen zu setzen.

Falls sein Vorschlag keinen Gefallen finde, sei er auch bereit, das Rebstück selbst anzupachten, so der Bürgermeister weiter. Er freue sich auf die Arbeit in der Natur als Ausgleich zu seinem Bürojob.

Birgit Wiloth-Sacherer (SPD) fand die Idee „charmant“, verwies jedoch darauf, dass die Gemeinde selbst Rebflächen verpachte. Daher sei es nicht nötig, neue anzupachten. Zudem befürchte sie Konkurrenz zur Winzergenossenschaft.

Kurt Hartenbach (FWG) verwies darauf, dass der Gemeinderat mit seiner Zustimmung auch eine Verpflichtung eingehen. Man müsse sich im Klaren sein, dass es mehr Arbeit gebe, als nur mal die Reben zu schneiden und dann zu erbschten. Dennoch sei er bereit, mitzumachen. Ebenso sah es Harald Schönberger (FBL), der betonte, hierbei sei der Weg das Ziel und das Projekt sei einen Versuch wert.

Birgit Wiloth-Sacherer meinte, sie könne nicht zustimmen, sie könne die Mehrarbeit nicht leisten. Ebenso sah dies Alfons Hertweck (CDU), er habe keine Ahnung von Reben und dann ein schlechtes Gewissen, wenn er nur drei und andere 20 Stunden Arbeit leisten würden. Beide stimmten gegen den Vorschlag, alle anderen dafür.